

**SPD-Kreistagsfraktion Borken**  
**Heiko Nordholt**

**Haushaltsrede für das Jahr 2022**

**des**

**stellv. Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion**

**im Kreistag Borken**

**Heiko Nordholt**

**Sitzung des Kreistages**

**10. März 2022**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir schreiben das Jahr 2022!

Seit über zwei Jahren beherrscht eine Pandemie die Erde.

Und damit sind wir auch direkt bei dem Grund, weshalb ich heute zu ihnen spreche. Denn unsere Fraktionsvorsitzende fällt leider aufgrund ihrer Coronaerkrankung zur heutigen Sitzung aus. Ich konnte zwar meinen Vertreterkollegen Daniel Höschler überzeugen, dass er nunmehr die Haushaltsrede verfassen und halten soll; doch auch er hat sich kurzfristig in die Corona-Quarantäne verabschiedet. So kurzfristig, dass ich mich nur wenig auf die mir nun zugedachte Aufgabe vorbereiten konnte. Gleichwohl stelle ich mich gerne dieser Aufgabe, kann aber nur eine kurze Haushaltsrede halten. Ich denke, sie werden es verkraften, zumal ich ihnen zusichere, dass die Langfassung allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden wird.

Wo ich schon bei der Corona bin, kann ich dieses Thema auch gleich abarbeiten.

Seit gut zwei Jahren kämpfen wir weltweit gegen die Corona-Pandemie, gegen deren gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen. Diese - vermutlich nicht menschengemachte – Seuche hat weltweit viele hunderttausende Menschenleben gekostet.

Wir hier in Deutschland konnten allerdings relativ schnell zuerst die vulnerablen Gruppen und kurz danach alle anderen Interessierten impfen.

Mittlerweile haben wir im Kreis Borken eine vollständige Impfquote von 83,5 % und davon einen Anteil von 81,5% mit Auffrischung (Stand 07.03.2022)

Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion nochmals bei allen Beteiligten in der Kreisverwaltung, bei der Kassenärztlichen Vereinigung, den impfenden Ärzt\*innen und allen weiteren Beteiligten bedanken.

Mich persönlich hat die Corona-Pandemie allerdings nie so sehr belastet. Ich wusste, dass die Seuche vermutlich nicht menschengemacht ist, und dass ich alle erdenkliche Unterstützung als Bürger meines Landes

bekomme. Ich fühlte mich relativ sicher, weil ich auch in die Handlungskompetenz der Verantwortlichen vollstes Vertrauen hatte.

Ganz anders sieht es mit meinen Ängsten und Bedenken spätestens seit dem 24.02.2022 aus. Seit dem Tag, als Putin seine Armee in ein souveränes Land schickte und dort Tod, Zerstörung und unvorstellbares Leid verbreitete und noch immer verbreitet. Verstörend sind die Bilder von Krieg für mich immer. Sie waren es immer und werden es immer sein. Das ein solcher Krieg allerdings in unserem „aufgeklärten“ und offenen Europa stattfindet, macht mich fassungslos, ängstlich und wütend zugleich.

Die gute Nachricht dabei ist allerdings, wenn man in diesem Kontext überhaupt von guten Nachrichten sprechen kann, dass durch diesen Krieg ein ungeahnter Zusammenhalt von NATO, EU und eigentlich allen freiheitlich orientierten Ländern und Menschen entstanden ist. Ein Zusammenhalt, mit dem der Kriegstreiber Putin so nicht gerechnet hat. Ich hoffe, wir alle erkennen nunmehr, dass wir nur im Kollektiv gegen solch hochgerüstete Autokratien bestehen können und lassen die EU im wirklichen Leben auch zu einer UNION, nämlich einem Zusammenschluss in wirtschaftlicher, rechtspolitischer und militärischer Hinsicht werden. Lasst uns Europäer zusammenhalten, weil wir sonst den Putins dieser Welt ausgeliefert sein könnten.

Apropos Zusammenhalt.

Den haben wir auch gezeigt, als es um die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe ging und noch immer geht.

Zusammenhalt ist auch das Thema, das uns alle hier im halbwegs beschaulichen Kreis Borken beschäftigen sollte. Auch wenn es fast immer friedlich zugeht, war bei vielen von uns der Eindruck von Zusammenhalt nicht immer präsent. Daran sollten wir arbeiten. Wir alle!

Auch wenn es mir schwerfällt, jetzt über den Kreishaushalt zu sprechen, versuche ich nun den Schwenk auf das uns vorliegende Zahlenwerk.

Die Kreisverwaltung schlägt vor, den Hebesatz der Kreisumlage auf nunmehr **22,9 Prozent** zu senken. Dabei solle aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Städte und Gemeinden eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von jetzt ca. 5,71 Mio. Euro - also in Höhe der Verbesserung des Jahresergebnisses 2021 - erfolgen.

Damit können wir uns **vermeintlich** wieder feiern: Mehrere Jahre in Folge, die niedrigste Kreisumlage in NRW, mit einem Wermutstropfen:

Leider steigt der Hebesatz für die Jugendamtsumlage, die von den 13 Städten und Gemeinden im Kreis Borken ohne eigenes Jugendamt, also bis auf Ahaus, Gronau, Borken und Bocholt, zu zahlen sind, auf **26,6 Prozent**.

Diese Entwicklung entspricht einer allgemeinen Tendenz in der Jugendhilfe seit vielen Jahren und ist nicht nur geprägt vom steigenden Bedarf in der Kindertagesbetreuung sowie von steigenden Fallzahlen bei der Hilfestellung, sondern auch die coronabedingten Folgen bei Kindern und Jugendlichen werden den Haushalt belasten.

Dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihr Benehmen zur Höhe der Kreisumlage aussprechen ist gut nachvollziehbar. Dass jedoch der Bürgermeister aus Reken als zusätzliche besondere Belastung der Kreisumlage für die nächsten Jahre den geplanten Baumwollexpress X80 wahrnimmt, zeigt jedoch welche wichtige Aufgabe der Kreis Borken in der kommunalen Gemeinschaft hat. Es zeigt aber auch, welche Meinung der eine oder andere Bürgermeister über den Kreis Borken und seine Aufgaben hat. Aus Reken kann man gut nach Münster oder nach Bocholt kommen, jetzt schaffen wir auch die Möglichkeit gut von Bocholt nach Bad-Bentheim bzw. umgekehrt zu kommen.

So gilt das Solidaritätsprinzip, wobei mal die eine und mal die andere Kommune stärker von der konkreten Maßnahme profitiert.

Wie gesagt: Es geht um Zusammenhalt!

Wir wollen eine Verkehrswende, wir wollen das mehr Menschen den ÖPNV nutzen und dazu gehört zwangsläufig, dass der ÖPNV weiter ausgebaut wird. Und daher beginne ich auch gleich mit dem Budget Verkehr.

Ein Thema, das uns dort schon lange beschäftigt, ist der eben erwähnte Baumwollexpress. Leider hat der Kreis Borken trotz wiederholter Versuche keine Förderung von Bund oder Land für diese Linie erhalten können. Daher hat die Kreisverwaltung vorgeschlagen, einen zweijährigen „Probetrieb light“ durchzuführen, was so mit der Mehrheit

von CDU und FDP beschlossen wurde statt dem Antrag von Grünen, UWG und uns, den Probetrieb wie in den Förderanträgen geplant durchzuführen.

Die Taktungen werden dadurch so verändert, dass viele potenzielle Nutzer dieser Linie, wie z.B. Schichtarbeiter aus Handel, Industrie und Pflegebereichen dieses Angebot nicht in Anspruch nehmen können.

Das als echten „Probetrieb“ zu bezeichnen, halten wir schon mehr als gewagt. Hier geht es nach dem Motto, ohne Förderung durch Dritte, maximal die Lightversion. Denn was im „Probetrieb“ nicht zur Verfügung steht kann später auch nicht ausgewertet werden, ob es sich lohnt. Am Ende kann es denn heißen, zu wenige Nutzer haben das Angebot in Anspruch genommen. Der Versuch ist gescheitert.

Die explodierenden Energiekosten werden nun viele Arbeitnehmer in die öffentlichen Verkehrsmittel zwingen; wenn sie denn da sind und zur Verfügung stehen. Diese Sparversionen helfen nicht weiter. Sie dienen nicht dem ökologischen Wandel und helfen dem Normalbürger nicht auf dem Lande termingerecht von A nach B zu kommen um seiner Arbeit und seinem Broterwerb nachzukommen.

Auch hier ist es eine Frage nach Zusammenhalt!

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Fachkräftemangel gibt es in allen Bereichen, umso wichtiger ist jetzt auch die Ausbildung junger Leute. Junge Menschen die eine duale Ausbildung machen, erhalten eine Ausbildungsvergütung, die nicht immer üppig ausfällt.

Seit 2020 ist die Mindesthöhe der Ausbildungsvergütung in § 17 des Berufsbildungsgesetzes festgelegt. Die Mindestausbildungsvergütung beträgt für Auszubildende, deren Ausbildung 2021 begann, 550 Euro. Für die Folgejahre beträgt sie 585/620 Euro (2022/2023).

Dann gibt es auch die schulische Ausbildung z.B. für Erzieher\*innen, wenn jungen Menschen keinen Ausbildungsbetrieb finden, die dann am Projekt „PIA“ teilnehmen. Diese Auszubildenden erhalten keine Vergütung.

Für diese Menschen wurde in NRW das Azubi Ticket eingeführt, das jedoch viel zu teuer ist. Daher haben wir gemeinsam mit den Grünen und der UWG den Antrag gestellt, das Ticket für diesen Personenkreis mit monatlich 20,00 € zu fördern.

Auch dieser Antrag wurde mit der Mehrheit von CDU/FDP abgelehnt. Kostet Geld und erfordert Verwaltungsaufwand.

Der Gedanke, dass es hier darum geht „Hänschen zu zeigen, dass der ÖPNV zielführend ist, damit später Hans auch mit Bus und Bahn fährt“, ist scheinbar keinem der Sparfüchse gekommen. Der Gedanke, dass ein Auszubildender ohne eigenes Einkommen u.U. den ÖPNV überhaupt nicht nutzen kann ist vermutlich auch nicht weiterverfolgt worden.

Ja es kostet Geld, nicht viel Geld, aber es kostet Geld.  
Auch hier gilt: Wir investieren in die Zukunft und helfen Personen mit sehr geringen finanziellen Möglichkeiten. Kurzum: Es geht um Zusammenhalt!

Der Kreis Coesfeld beteiligt sich übrigens seit dem Schuljahr 2020/2021 an dem Azubi Ticket

In der Vorlage des Kreis Coesfeld wird u.a. folgendes angeführt:  
„Von der Einführung des Azubi-Start-Tickets verspricht sich die Verwaltung weitere positive Effekte:

- Die verstärkte Nutzung des ÖPNV durch junge Menschen verringert den Individualverkehr und trägt zu mehr Verkehrssicherheit auf den Straßen unserer Region bei.
- Die Linien der Verkehrsunternehmen werden besser ausgelastet.
- Durch den Rückgang des Individualverkehrs sind positive ökologische Effekte zu erwarten.
- Die Attraktivität zum Besuch eines Berufskollegs des Kreises Coesfeld wird erhöht.“

Diese Effekte spielen im Kreis Borken offensichtlich keine Rolle, aber dafür haben wir erneut die niedrigste Kreisumlage im Land.

Beim Blick auf den Radverkehr zeigt sich, dass das Radwegenetz für den Alltagsradverkehr von der Bevölkerung zum Teil als unzulänglich empfunden wird. Teilweise sind diese schlecht zu befahren, teilweise zu schmal, teilweise ist es sogar lebensgefährlich mit dem Rad zu fahren. Ich verweise hier exemplarisch auf den streckenweise überhaupt nicht vorhandenen Radweg zwischen Ahaus/Alstätte und Vreden.

Wir haben uns mal die Kennzahlen für die neu erstellten Radwege in den Haushaltsplänen angeschaut: Es waren von 2016 bis 2020 insgesamt 21 km neue Radwege geplant. Gebaut wurden in dieser Zeit laut den Kennzahlen lediglich 6 km neue Radwege.

Daher der gemeinsame Antrag von den Grünen, der UWG und uns für die Einrichtung einer Stelle eines Radverkehrsbeauftragte(n)  
In der Stellungnahme zu diesem Antrag weist die Verwaltung darauf hin, wie viel der Kreis Borken doch schon im Radwegebau getan hat. Das sei nicht erforderlich.

Zum Teil fehlen Radwege zwischen Orten gänzlich oder sie enden im Nirwana - Fahren sie mal mit dem Rad von Raesfeld nach Marbeck – dort endet der Radweg nach einiger Zeit irgendwo zwischen Feldern. Eine Warnbake erscheint und es bleibt nur noch der Schlenker auf die Straße, auf der bis zu 100 km/h gefahren wird. Genauso sieht es an vielen anderen Strecken aus.

Doch CDU/FDP lobt die Verwaltung und schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an. Also wurde **auch dieser Antrag abgelehnt**.

Uns ist klar, dass der Kreis Borken nicht kilometerlange neue Radwege auf eigene Kosten bauen kann. Uns ist aber auch klar, dass innovative

Zwischenlösungen das Dilemma beheben können. So kann man ein Teil der Straße für den Autoverkehr optisch verengen und diese Bereiche den Radfahrer geben. Übrigens eine Mittel, dass bei unseren niederländischen Nachbarn weit verbreitet eingesetzt wird. Übrigens ein Mittel, dass selbst im Kreis Borken als Versuch gestartet wurde. Herr Jasper als Heeker wird die Strecke vielleicht kennen. Diese innovativen Lösungen fallen der Verwaltung aber nicht nebenbei ein. Dazu braucht es zusätzliches Personal, welches dann auch zwischen den Interessen von Auto- und Fahrradfahrern vermittelt.

Auch im Kreis Steinfurt wurde ein Radverkehrsbeauftragter gefordert und durch die Verwaltung schriftlich dargelegt, wie viel für den Radverkehr gemacht wird.

Auszug aus der Beschlussvorlage:

„Aktuell werden dieses Projekt bezogenen, beratenden und unterstützenden Aufgaben durch mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umwelt- und Planungsamtes, im Sachgebiet „Raum- und Landschaftsplanung, Verkehrsentwicklungsplanung, Naturschutzstiftung“ wahrgenommen. Zusätzlich werden hier weitere radverkehrsbezogene Aufgaben durchgeführt.

Hierzu zählt die Einführung der neuen Knotenpunktbeschilderung im Kreis Steinfurt, die kontinuierliche Pflege und Instandhaltung der Radgewebeschilderung, die jährlichen Teilnahmen an der Kampagne STADTRADELN des Klima-Bündnis oder auch die wiederkehrenden Zertifizierungen der Kreisverwaltung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber nach den Standards des ADFC.“

Weiter heißt es in der Vorlage

„Durch die Einrichtung einer Stelle für eine/einen Radverkehrsbeauftragte(n) in diesem Bereich könnten die Tätigkeiten und Kenntnisse gebündelt und zukünftig bestehende und neue Aufgaben deutlich verstärkt, verbessert und effizienter für eine stringente Fortentwicklung des Radverkehrs wahrgenommen werden. Dabei soll das Handeln stets umsetzungsorientiert ausgerichtet sein und Hand in Hand mit den für die Gestaltung des Radverkehrs zuständigen Stellen innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung erfolgen, so etwa mit den Kommunen oder dem Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Eine besonders enge Zusammenarbeit ist mit den Kolleginnen und Kollegen des Kreis-Straßenbauamtes gegeben. Diese hat sich bereits beim Initiieren und Umsetzen des „Triangel“-Projekts und der Kanalradwege bewährt. Daher wird für ein effizientes Handeln eine gleichzeitige personelle Verstärkung im Straßenbauamt, wie es der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.09.2021 vorsieht, als wichtig erachtet.“

Der Unterschied zur Verwaltung des Kreis Steinfurt zum Kreis Borken ist jedoch, der Kreis Steinfurt sieht die Stelle eines Radverkehrsbeauftragten als wichtig an, während der Kreis Borken das alles für nicht notwendig erachtet.

Dafür haben wir aber die niedrigste Kreisumlage!

Das Motto „ohne Förderung von Bund/ Land wird etwas Neues nicht eingeführt“ oder höchstens als „Light Version“, wie beim Baumwollexpress, zeigt sich auch wieder bei unseren wiederholten Versuchen in den kreiseigenen Schulen „Lüftungsanlagen“ einbauen zu lassen, womit wir beim Budget Bildung und Schule wären.

In dem Antrag wurden massenweise Nachweise erbracht, dass schulnahe Institutionen oder Interessenverbände die Filter fordern. Es interessierte aber keinen der Entscheidungsträger in der Verwaltung.

Zwar hat der Landtag eine üppige Ausstattungsquote mit Luftfiltern, dass scheint aber in den Schulen nicht erforderlich.

Auch beim dritten Versuch wies uns Dr. Hörster darauf hin, dass es schließlich in allen Klassenräumen Ampeln gibt und wenn diese auf Rot springt werde ausgiebig gelüftet.

Dieses vollkommen absurde Argument der Verwaltung wird nicht dadurch richtiger, dass es Herr Hörster permanent und immer langatmiger wiederholt. Herr Hörster, Viren fühlen sich auch bei ausreichender Sauerstoffsättigung der Atemluft wohl und nicht erst dann, wenn die Sauerstoffampel gelb oder rot wird. Ich will aber keinen belehren, der nach dem Motto agiert, bitte keine Argumente, meine Meinung steht fest.

Abschließend lässt sich das Fazit ziehen, dass der Haushalt solide aufgestellt ist.

Ein tolles Werk der Verwaltung und meinen und unseren Dank dafür.  
Wir sichern uns damit wieder den Spitzenplatz.

Mehr aber auch nicht.

Innovative Ansätze, die von vielen Parteien vorgebracht wurden sind nicht erkennbar. Sie wurden komplett abgelehnt. Wenn vielleicht der eine oder andere CDU-Antrag zum Haushalt von mir vergessen wurde, so bitte ich um Entschuldigung. Mir ist da aber wirklich nichts Erinnerung.

Im letzten Jahr haben wir wegen der pandemischen Situation und dem aus Verwaltungssicht gut aufgestelltem Haushalt zugestimmt. Das werden wir in diesem Jahr nicht mehr machen.

Wir werden den Haushalt daher ablehnen.

Nichtsdestotrotz möchte ich im Namen der Fraktion dem Landrat, dem Verwaltungsvorstand, allen weiteren Mitarbeiter\*innen der Verwaltung für ihre, durch die Pandemie erschwerte, Arbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Für die kommende Zeit hoffe ich, dass wir mehr gemeinsam agieren als es bisher der Fall war. Wir reichen dazu allen demokratischen Kräften die Hand.

Der Bundeskanzler hat nach dem Einmarsch von Putins Schergen in die Ukraine von einer Zeitenwende gesprochen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den neuen Herausforderungen nur gemeinsam begegnen können.

**ZUSAMMEN!**

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.